

Wiemeler Dampfboot.

No. 97.

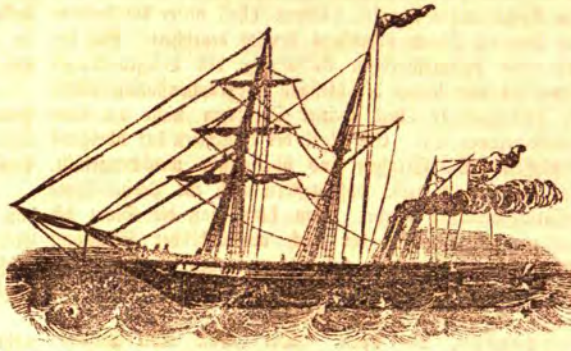
Sonnabend,

1873

den 26 April.

Erscheint täglich Morgens
mit Ausnahme
der Tage nach den Sonn- u. Feiertagen.

Vierteljährlicher Abonnements-Preis
pränumerando 25 Sgr.,
mit Votenlohn sowie bei allen Post-
Anstalten 1 Thlr.



Anzeigen werden für den Raum
einer Corvus-Spaltheile von Hiesigen
mit 1 Sgr. von Auswärtigen mit
1 Sgr. 4 Pf. berechnet.

Anzeigen, für die folgende Nummer be-
stimmt, sind spätestens bis Nach-
mittag 2 Uhr einzuliefern.
Belag-Exemplare kosten 1 Sgr.

Tages-Chronik

Den 26., Vorm. 11 Uhr, am Schauspielhaus Ver-
kauf eines Arbeitswagens; Nachm. 3 Uhr, neben der Navi-
gationsschule Auktion von Balken, Planen; 4 Uhr, in
Britisch-Hotel Verammlung des landwirthschaftlichen Vereins.

Deutscher Reichstag.

18. Plenarsitzung am 23. April.

Herr Präsident Dr. Simson eröffnet die Sitzung
Mittags 12 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Am Ministerische: Staatsminister v. Mittnacht,
Staatsminister Delbrück u. A.

Das Haus tritt in die Tagesordnung, deren erster
Gegenstand ist: Erste Verathung des von den Abgg. Dr.
Bött, Dr. Hirschius und Gen. vorgelegten Gesetz-
entwurfes über die bürgerliche Form der Eheschlie-
ßung. Ueber den Inhalt des Gesetzes haben wir bereits
früher Mittheilung gemacht. Zur Begründung desselben
erhält das Wort der

Abg. Dr. Bött: Ich glaube nicht, daß es noch
erforderlich ist, die Nothwendigkeit eines Gesetzes über die
Eheschließung nachzuweisen. Die Gründung der Familie kann
und darf nicht von Gewalten abhängig sein, welche außer-
halb des Staates sich bewegen und entwickeln. Der Staat
ist verpflichtet, für eine Form zu sorgen, in welcher die
Eingehung der Ehe vorgenommen werden kann, ohne daß
diese Form abhängig ist von außen her und von Organen,
welche nicht Organe des Staates sind. Der Staat ist
sonst abhängig von solchen Gewalten, ebenso wie seine
Angehörigen bei dem wichtigsten Acte des Lebens. — In
Bayern ist es vorgekommen, daß die katholischen Pfarrer
die Eingehung einer Ehe verweigert haben, weil der
Bräutigam nicht an die Infallibilität des Papstes
glaubte. (Heiterkeit). Die Ehe ist doch eingeseget, weil
zufällig die Braut evangelisch war und weil der evange-
lische Pfarrer eine solche Bedingung an den Bräutigam
nicht stellte. (Heiterkeit). Das ist keine Bayerische Ane-
dote, daß sind Deutsche Vorkommnisse, welche deutlich den
Beweis für die Nothwendigkeit unseres Antrages liefern.
Die Gründung der Civilehe ist weder ein Angriff auf die
katholische noch auf die evangelische Kirche; ist die Civilehe
eingeführt, so ist es den Religionsdienern leichter, die kirch-
liche Eingehung zu verlagern, ohne daß das Volk dadurch
Schaden leidet. Die Herstellung der bürgerlichen Form
der Eheschließung liegt im höchsten Interesse der Staats-
bürger und da wir nicht erwarten konnten, daß die Bundes-
regierungen ein solches Gesetz noch in dieser Session vor-
legen würden, so haben wir die Initiative ergriffen. Ich
glaube mich auf diese wenigen Bemerkungen beschränken
zu können, ich kann nur wiederholen, daß unser Antrag
nicht im Entferntesten von einer kirchen- oder religionsfeind-
lichen Gesinnung ausgeht, im Gegentheil will er den reli-
giösen Standpunkt besser wahren.

Nachdem auch der zweite Antragsteller, Abg. Dr.
Hirschius, den Antrag unter Beleuchtung der in Deutsch-
land existirenden verschiedenen Formen der Eheschließung
gerechtfertigt, erklärt sich der Abg. Reichensperger (Olpe)
gegen den Antrag. Er führt aus, daß vom Standpunkte
der katholischen Kirche aus die Eheschließung die Willens-
erklärung zweier Menschen sei, die ein Bündniß für das
Leben schließen wollten. Die katholische Kirche hätte also
an und für sich keinen Grund, an der tridentinischen Form
der Eheschließung festzuhalten, da diese nur eingeführt sei,
weil man eine bessere Form nicht kannte. Allein von
gläubig-protestantischer Seite würde der Effect der Ein-
führung der Civilehe ein ganz anderer sein. Jeder Gesetz-
geber müsse sich sagen, daß er ohne den dringenden Noth-
stand nicht abgeben dürfe von Institutionen, die seit Jahr-
hundertern bestehen. Redner beruft sich auf Aeußerungen
von Männern, wie v. Bonin, Gneist, Wenzel, Prä-
sident Simson, welche sich entschieden gegen die obligato-
rische Civilehe erklärt hätten, und erklärt dann, daß er der
Einführung der fakultativen Civilehe wenige Schwierigkeiten

entgegensetzen würde, während er sich vom Standpunkte
des christlichen Volkes, der guten Sitte und der Verfassung
gegen den Antrag erklärt.

Abg. Herz bezeichnet die Einführung der obligato-
rischen Civilehe als die wichtigste Frage der Gegenwart,
viel wichtiger als alle gegenwärtig dem Reichstage und
dem Preussischen Landtage vorliegenden Gesetze. Die Ein-
führung der obligatorischen Civilehe werde unerlässlich mit
der Umgestaltung der Kirche. Die Gegner der obligato-
rischen Civilehe hätten stets dieselben Gründe, doch freut er
sich, daß der Abg. Reichensperger bereits anfangs, die
Nothwendigkeit der fakultativen Civilehe anzuerkennen, nicht
lange und er werde sich auch der Nothwendigkeit der obli-
gatorischen Civilehe nicht verschließen können. Die Kirche
beschränke den Menschen, sie bezeichne sogar bestimmte Cate-
gorien von Menschen, welche eine Ehe mit einander ein-
gehen dürften und mache die Eingehung der Ehe von der
Anerkennung gewisser Dogmen abhängig. Eine solche Ge-
wissensnützigung sei unsittlich, denn sie nöthige den Menschen
zur Heuchelei. Der Staat habe die Pflicht Abhilfe zu
schaffen. Schließlich empfiehlt Redner die Ueberweisung der
Vorlage an eine Commission. (Fürst Bismarck tritt ein.)

Abg. Dr. Ewald gegen den Antrag, weil derselbe
an einer Einrichtung rüttle, die Jahrhunderte bestehn und
gegen welche noch einmal ein gegründeter Einwand erhoben
sei. Die wenigen Ausnahmefälle könnten unmöglich ein
Recht zum Erlaß eines solchen Gesetzes geben, mit dem
der Staat sich ein Recht anmaßt, welches ihm nicht zustehe.
In diesem Falle stehe der Staat unter der Kirche.

Abg. Graf Kleist giebt zu, daß in Bezug auf die
Ordnung der Civilstands-Register der Reichstag competent
sei; doch mangle dem Reichstage jede Competenz in Be-
zug auf das Gesetz über die Eheschließung so lange, als
nicht das gesammte bürgerliche Recht auf das Reich über-
gegangen sei. Es sei ihm zwar bewußt, daß der Reichs-
tag kürzlich den Antrag Vasker angenommen habe, doch
sei dieser Beschluß in den Augen seiner Partei nichts weiter,
als eine wohl begründete Hoffnung, daß dem Reiche dieses
Recht werde überwiesen werden. Es scheine aber nicht
klug, schon jetzt durch Eingreifen in weitere Materien dem
Verlaufe der Gesetzgebung vorzugreifen. Gleichwohl sei er
von der conservativen Partei nicht ermächtigt, die Erklärung
abzugeben, daß diese Partei gegen den Antrag stimmen
werde, denn sie verkenne die großen Uebelstände nicht,
welche ein Einschreiten der Gesetzgebung erheischen. Des-
halb wolle sie den weiteren Verlauf der Dinge abwarten
und stimme daher für die Ueberweisung der Vorlage an
eine Commission. Redner bedauert schließlich, daß man
hier wieder durch die Ultramontanen in die Lage gekehrt
sei, an Sitten und Gewohnheiten zu rütteln, die dem
Volke heilig seien.

Abg. v. Mallinckrodt weist die letzte Bemerkung
des Vorredners zurück, denn dieselbe mache den Eindruck,
als ob die außerordentlich laue Erklärung damit benän-
delt werden solle. Aus der Erklärung gehe auch hervor,
daß die conservative Partei eigentlich noch nicht wisse, was
sie wolle. Dadurch unterscheide sie sich von der Centrums-
partei, die sehr wohl wisse was sie wolle.

Nach einigen Worten des Abg. Schmidt (Zwei-
brücken) rechtfertigt Abg. v. Hellendorff die conservative
Partei gegen die Bemerkung v. Mallinckrodts. Die
Partei wisse was sie wolle, sie werde gegen den Gesetz-
entwurf, wie er vorliege, stimmen.

Abg. Dr. Bött widerlegt die Einwendungen der
Gegner. Die Vorlage stehe dem nicht entgegen, daß der
Staat einen Pfarrer zum Ehestandsbeamten ernenne.
Dieser könne aber, wenn er das Amt übernehme, keine
andern Eheschindernisse anerkennen, als welche der Staat
aufstelle. Durch seinen Antrag werde an den Eheschlie-
bungsgründen nichts geändert, die Ehe nicht auflosbarer,
als bisher. Sein Antrag wolle nur den Staat unabhän-
gig stellen, ohne dem religiösen Character der Ehe entgegen-
zutreten.

Abg. Dr. Windthorst (Meppen) bestreitet die Com-
petenz des Reichstages und führt aus, daß in katholischen
Kreisen sich kein Bedürfnis für die obligatorische oder facul-
tative Civilehe ergeben habe, daß vielmehr nur die Noth-
Civilehe anerkannt werde. Die Discussion wird geschlossen
und nach persönlichen Bemerkungen der Abgg. Dr. Ewald,
Reichensperger und Schmidt erhält zum Schluß
noch einmal der Abg. Dr. Hirschius als Antragsteller
das Wort, worauf der Reichstag den Gesetz-Entwurf an
eine Commission von 14 Mitgliedern zur Vorberathung
überweist.

II. Bericht der Petitions-Commission. Der
Ausschuß des Vereins von 21 Deutschen (meist Lebens-
versicherungs-)Gesellschaften beantragt: den Reichskanzler
zur Vorlegung eines Gesetzes wegen Einführung des all-
gemeinen Zwangs zur Vaccination und Revaccination für
das Deutsche Reich von Neuem aufzufordern. Das Haus
genehmigt den Antrag des Abg. Dr. Löwe, „daß der
Reichskanzler ersucht werde, für baldige einheitliche gesetz-
liche Regelung des Impfwesens für das Deutsche Reich
auf Grundlage des Vaccinations- und Revaccinations-
Zwangs Sorge zu tragen.“

Schluß 4 Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag. —
Tagesordnung: Münzgesetz.

Deutsches Reich.

Berlin, 22. April. Die Special-Untersuchungs-
Commission für Eisenbahnwesen beschließt ihre Vorarbeiten
mit Ende dieser Woche und vertagt sich dann auf kurze
Zeit zur Sichtung der erzielten Resultate und Feststellung
des Berichtes an den Kaiser. In der Zwischenzeit geht der
Ober-Präsident der Provinz Posen zur Amtsübernahme
nach Posen und kehrt dann zurück nach Berlin, um die
Commissionsarbeiten bis zu deren Abschluß zu leiten. Der
Ausflug der Reichstags-Mitglieder nach Wilhelmshafen be-
hufs Besichtigung der dortigen Flottenstation erfolgt zwischen
dem 19. und 24. Mai und ist die Dauer derselben auf
zwanzig Tage fixirt. Die Stadt Bremen veranstaltet bei
dieser Gelegenheit ein großes Festmahl für 800 Personen
in der Börse.

Frankfurt a. M., 22. April. (Fortsetzung der
Original-Correspondenz des Berliner Börsen-Courier.) Die
Ausregung bleibt fort und fort dieselbe. Die Verluste an
Menschenleben erweisen sich fort und fort als größer, als
man sie irgend annahm. Die Angaben variiren zwischen
25 und 31, jedenfalls liegen im Heiligengeisthospitaal allein
siebenzehn Tode. Ich will zunächst nachtragen, was gestern
Abend mitzutheilen in der Eile unmöglich war. Es hatten
schon den ganzen Tag haufenweis Burken und Männer
mit bunten Bändern an den Hüften die Stadt durchzogen.
Die Krawalle, die im Laufe des Vormittags vorliefen,
waren verhältnißmäßig geringer Art. Als ich meinen
ersten Bericht an Sie schrieb, schienen die Dinge noch durch-
aus nicht den ernsthaften Character anzunehmen, den sie
später gewannen. Man hatte eben nur „Krawallir“ und
war vom Militär mit gefülltem Bajonnet auseinander ge-
trieben. Tausend Menschen etwa füllten die Gegend um
die Constablerwache. Da aber, etwa um 5 Uhr, augen-
scheinlich auf einen wohlverabredeten Plan, begann der
Unmuth, der von diesem Moment an zur Revolte ausar-
tete, an den verschiedensten Punkten. In Haufen von je
mehreren hundert Mann, theils unter Vorantragung von
improvisirten rothen Fahnen, begann man Brauereien
und Wirthschaften zu stürmen. Die Polizei hatte sich gleich
anfangs als zu schwach erwiesen, das gesammte Militär,
bis auf die Cavallerie, war aufgeboden, aber die 800—1000
Mann, die hier garnisoniren, konnten auch nicht erfolgreich
einschreiten. In der Gallusgasse, wo es zuerst zu blutigen
Scenen kam, war der Polizeipräsident Hergenroth persön-
lich thätig beim Verhaften — aber alle aufgewandten
Mittel erwiesen sich als zu schwach. Thüren, Fenster,
Defen, Lische, Bänke, Gefäße, Bierfässer und Schwaaren,
Alles wurde zerstört. An einer Stelle versuchte man Feuer

Königswäldchen.
 Sonntag, den 27. April:
Nachmittags-Concert.
 Anfang 3 Uhr. Entree 2 1/2 Sgr.
H. Laude.

Theater-Saal.
 Heute und folgende Tage:
Großes Concert u. Vorstellung
 der
Hamburger Concert-Gesellschaft Concordia.
 Heute:
 „Die schönsten Augen“,
 oder:
 „Das ist noch gar nichts.“
„Arthur u. Aurora,“
 Duett.
 Um 10 Uhr:
 „Spazierengehen im Walde“
 und
 „Der Wunder-Doctor,“
 oder:
 „Die beste Kur.“
 Anfang 8 Uhr. — Entree 2 1/2 Sgr.

Nur noch wenige Tage.
Ausstellung der Kaulbach'schen
Cartons:
 „Peter Arbues verdammt eine Ketzer-
 Familie zum Feuertode“,
 „König Jacob I. eröffnet das Par-
 lament zu Edinburg“,
im grossen Börsensaale,
 Sonnabend von 2 bis 6 Uhr Nachm.,
 Sonntag von 11 Uhr Vorm. bis 6 Uhr Nachm.,
 Montag von 10 bis 12 Uhr Vormittag.
 Die Mitglieder des Vereins erhalten für sich und ihre
 Angehörigen Partout-Billete zu 5 Sgr. pro Person.
 Nichtmitglieder zahlen jedes Mal 5 Sgr. pro Person.
 Schüler 2 1/2 Sgr.

Der Kunst-Verein.
 Sonntag, den 4. Mai,
 Nachm. 5 Uhr,
Generalversammlung.
 Zur Vorlage ist: die Wahl eines Vorstehers, eines
 Mitgliedes zum Schützenrath. Antrag des Vorstandes.
 Wahl einer Commission zur Prüfung der Rechnungen über
 die Gasanrichtung in den Schützenlokalen und deren
 Amortisation. Erledigung einer eingegangenen Requisition.
Der Vorstand der Schützengilde.
 Der Kunstverein hatte die Freundlichkeit, zu den be-
 rühmten, im Börsensaale aufgestellten **Kaulbach'schen**
Cartons für die Mitglieder und Angehörigen des Hand-
 werker-Vereins Eintrittskarten zum ermäßigten Preise zu
 überweisen, welche bei dem Unterzeichneten zu haben sind.
Pohlentz.
 NB. Am letzten Frauenabend ist ein Uhrschlüssel
 gefunden.

Die Mandanten des verstorbenen Rechtsanwalt
 Schulz ersuche ich im Auftrage der Wittve desselben,
 die betr. Manualacten binnen 8 Tagen abzuholen, andern-
 falls der Verkauf der Acten veranlaßt werden wird.
 Memel, den 22. April 1873.
Schlepps, Rechtsanwalt.
 Meinen **Salon zum Haar-**
scheiden und Frisiren sowie **Haar-**
arbeiter und **Wirrhaarsichten** zu äußerst bil-
 ligen Preisen empfehle.
Gustav Hellmuth,
 Fischerstraße im Hause des Hrn. Janisch.

Milch-Magazin.
 Von Donnerstag, den 24. d. M. ab, wird jeden
 Morgen früh 6 Uhr ein Milchwagen mit unseren Pro-
 ducten nach der Vorstadt Schmels expedirt und daselbst zu
 folgenden Preisen verkauft:
 frische Milch . . . das Liter 1 Sgr. 8 Pf.,
 Schmand = 5 = 4 =
 abgefahnte Milch = 6 =
 Buttermilch = 6 =
Die Verwaltung.

Hiermit die ergebene Anzeige, daß ich in dem Hause
Polangenstraße Nr. 1 (Bundes-Halle) ein
Barbier- u. Haarschneide-Cabinet
 etablirt habe. Indem ich dasselbe dem geehrten Publikum
 angelegentlichst empfehle, zeichne ich hochachtungsvoll
Herrmann Schwarz,
 aus Elbing.

Hôtel „König von Preussen“,
 Königsberg i. P., Vorder-Rosgarten No. 16,
 empfiehlt sich dem geehrten reisenden Publikum. Zimmer
 elegant und comfortable eingerichtet. Wagen und Porter
 auf dem Bahnhof. Stets feine Restauration, gute Weine,
 hiesige und auswärtige Biere, Mittagstisch im Abonnement.
Rob. Richter.
 Bestellungen für mein Hôtel in Reutuhren, zu Pfing-
 sten eröffnet, nehme hier entgegen.

Für Kapitalien,
 deren Begebung auf ländliche Hypothek gewünscht
 wird, sind wir in der Lage, Hypotheken innerhalb
 des landwirtschaftlichen Schätzungswertes der betreffen-
 den Besitzungen resp. unmittelbar hinter der land-
 wirtschaftlichen Pfandbriefsanleihe nachzuweisen. Ka-
 pitalanmeldungen sowie Hypothekensofferten bitten
 wir an unser Bureau zu richten.
 Königsberg, den 23. April 1873.
Ostpreuß. landwirtsch. Darlehns-Kasse.
Bernecker. M. Passauer.

Ein neuer stark beschlagener **Arbeitswagen** soll
Sonnabend, den 26. d. M., Vorm. 12 Uhr,
 am Schauspielhause durch mich meistbietend gegen baare
 Zahlung verkauft werden.
Bergau.

Auction.
 Wegen Verkauf meines Gutes und Umzugshalber soll
Montag, den 28. April,
 von Vormittags 9 Uhr ab,
 sämtliches Mobiliar, als: Sopha, Tische, Kommoden
 Stühle, Spiegel, Küchen- und Wirthschaftsgeräthe, eine
 Partie altes Schmiedeeisen, ein Haufen ein- und zweizollige
 Dielen, Planen, auch einiges Kreuzholz meistbietend ver-
 kauft werden.
Holtzinger,
 Al. Sjarde (Eisenbahn-Schloßchen vor Duddelshemen.)

Bekanntmachung.
 Einem geehrten Publikum und meinen werthen Kun-
 den erlaube ich mir die ergebene Mittheilung zu machen,
 daß ich meinen des Festes halber unterbrochenen **Aus-**
verkauf von Strohhüten u. s. w. im Theater,
 vis-à-vis dem weißen Schwan, Ende dieses Monats wie-
 der eröffne und bitte freundlichst, mir ihre werthen Auf-
 träge bis dahin reserviren zu wollen.
 Achtungsvoll
P. Nitsche aus Stettin.

Wegen Verkaufs des Etablissements
 und wegen Aufgabe des bisherigen Ge-
 schäftsbetriebes sollen die vorhandenen
Mehl- und Getreide-Vorräthe
 sobald als möglich en gros & en detail geräumt wer-
 den. Abnehmer größerer Partien werden weitmöglichste
 Berücksichtigung finden.
Dampfmühle Althof-Memel.

Mein noch vorhandenes Waarenlager schnell zu räumen,
 verkaufe folgende Gegenstände unterm Kostenpreis: Damen-
 Ledertaschen, Portemonnaies, Brieftaschen, Notizbücher, Meer-
 schaum- und Bernsteinwaaren, Pfeifen, Cigarrenspitzen,
 Schürzen, Baumwoll- und Wolleinfachband, Zwirne und
 couleurte Seide, couleurte Anfaschnüre, Eintantschnur,
 Zackenlügen, leinene Waschköpfe, Talmi-Uhretten und
 Schlüssel, Brochen, Boutons, Taschen- und Rasirmesser,
 Kämmen und Taschenbürsten, sehr billige Schachteln mit
 Spielwaaren und Dominos, einige Handharmonicas, Violin-
 bogen und Saiten, Straßmunder Spielarten, Seifen, Eau
 de Cologne, Pomaden, Haaröl, Spazierstöcke, Angelstöcke,
 Angelschnüre, Haken und Sehnen, Rock-, Hosen- und Westen-
 knöpfe, Schnallen, Haken und Defen, Fingerhüte, Näh- und
 Stopfnadeln. Ich mache ein geehrtes Publikum auf diese
 Anpreisung aufmerksam, denn ein solch realer Ausverkauf
 bietet sich nicht oft.
A. Scharlow,
 Börsenstraße 1.

Es sind täglich des Morgens und Abends zusammen
80 bis 100 Liter frische Milch abzugeben.
 Näheres in der Expedition dieses Blattes.
 Ein guter **Hühnerhund** steht zum Verkauf
 hintere Wallstraße 7-9.

Blühende Rosenstöcke
 mit 30 bis 50 Knospen, Azalien, Camellien, Deutzien,
 Metrostiderus, Cinerarien. Bouquets fallen sehr blumenreich
 aus.
Kudgiehn, Friedr.-Wilhelmstr. 1.
 Ein Glaschrank, ein Spiegel, Bilder und
 andere Gegenstände sind zu verkaufen
 hintere Werfstraße No. 2.
 Mein großes Lager **Spielwaaren** in Holz und
 Metall, diverse Zellthiere, Puppen, Välle u. c. empfehle
 zu recht billigen Preisen
Goldberg.

Facon-Hüte
 neuesten **Genré's** habe erhalten.
A. Doehring.

Guten Sauerfohl
 empfiehlt
J. Preuss, Marktstraße.
Alte gußeiserne Kessel
 C. F. Schlobach,
 in Louisenberg bei Osterode i. Pr.

Zwanzig Rube, die im August, Sep-
 tember oder October d. J.
 talben, werden zu kaufen gesucht und Anmeldungen im
 Comtoir Marktstraße No. 12, 1 Tr., erbeten.
 Ein auch zwei Doppelfinten werden für alt zu kaufen
 gesucht. Adressen werden in der Exped. d. Dampf. erbeten.
 Zwei Fächer sind bei den Liebertafel-Soireen
 zurückgeblieben und in Empfang zu nehmen bei
 Lohndiener Barschat, Junkerstr. 2.
 Ein Portemonnaie, einige Zettelchen enthaltend, ist
 gestern verloren worden. Dem Wiederbringer wird hohe
 Belohnung zugesichert
 hohe Straße No. 6.

Ein Strickzeug mit silbernen Nadeln ist
 am Donnerstag Nachmittag gefunden und kann
 in Empfang genommen werden bei Herrn Urbseit,
 Johannisstraße.
 Ein Geschäftsmann in mittleren Jahren
 wünscht sich mit einer **Einlage von**
6000 Thlr. bei einem, einen nachweisl. solid. Gewinn
 abwerf. Geschäft activ zu theilhaben. Offerten sub Chiffre
 J. R. nimmt die Expedition d. Bl. entgegen.

Tüchtige Lackirer, sowie in Schrift
 geübte **Maler**
 finden dauernde und lohnende Beschäftigung in unserer
Waggonfabrik.
Elbinger Actien-Gesellschaft für Fabrikation
von Eisenbahn-Material.
 Ich suche einen Gesellen und zwei Lehrlinge.
C. Schröder, Tischlermeister.
 Ferdinandsplatz No. 7.

Ein zuverlässiger Wirthschafter
 wird in Grambowischen gesucht.
 Ein gebildeter junger Mann findet zur Erlernung
 der Landwirtschaft von sofort oder später eine Stelle in
Mitzken.

Ein ordentlicher Kellner-Bursche
 findet sofort eine gute Stellung.
Carl Fischer,
 Bäckerstr. 9. 10.
 Einen Lehrburschen sucht
N. Reinstrom, Tischlermeister.
 Ein ordentlicher **Sausmann** kann sofort eintreten
 Marktstraße No. 13

Ein Mädchen in gelehten Jahren, welches längere
 Zeit als Krankenpflegerin fungirt, sucht unter solchen An-
 sprüchen eine ähnliche Stelle hier oder auswärts. Zu er-
 fragen
 Sattlerstr. No. 4.
 Ein Mädchen von 15-16 Jahren wird gesucht.
 Näheres
 gr. Sandstraße No. 12.
 Ein ordentliches Dienstmädchen, das gut mit Kindern
 umzugehen versteht, wird gesucht
 breite Straße No. 28, eine Treppe.

Louisenstraße No. 3. ist ein gut möblirtes Zimmer
 von sogleich zu vermieten. Dasselbe eignet sich auch zu
 einem Comptoir.
 Memel, den 18. April 1873.
 Das Publikum wird hierdurch in Kenntniß gesetzt,
 daß die Fischerei im Dangeffusse innerhalb der städtischen
 Grenzen an den Fischhändler **Johann Toleikis** hier-
 selbst vom 1. Mai d. J. bis dahin 1874 verpachtet wor-
 den ist. Das Angeln bleibt dem Publikum gestattet.
 Der Magistrat.
 Druck und Verlag von **J. W. Siebert** in Memel.
 Verantwortlicher Redacteur **Dr. Külf** in Memel.
 Beilage.

Beilage zu No. 97. des Memeler Dampfboots.

Sonnabend, den 26. April 1873.

* Preussischer Landtag.

24. Plenarsitzung des Herrenhauses
am 23. April.

Präsident Herr Graf Otto zu Stolberg eröffnet die Sitzung Vormittags 10 $\frac{1}{2}$ Uhr. Am Ministertische: die Herren Camphausen, Geh.-Räthe Burthardt, Rohde.

Das Haus fährt in der Verathung des Klassensteuer-Gesetzes fort und zwar werden zunächst zwei zu § 10 gestern angenommene Amendements, welche nicht gedruckt vorlagen, nochmals angenommen. — Der § 15 bestätigt von Neuem die in den früheren Gesetzen den Gemeinden zugebilligten 4% für Verwaltung und Erhebung der Klassensteuer. Die Commission beantragt den § 15 im Interesse der Wahrung der Rechte des Herrenhauses zu streichen, weil das Abgeordnetenhaus am Schlusse dieses § bestimmt hatte, daß höhere Vergütungen für diese Erhebungen u. durch den Etat festgesetzt werden sollen. — Die Commission beantragt eine Resolution dahin gehend, daß die Regierung eine Enquete veranstaltet über die wirklichen Kosten der Gemeinden bei der Erhebung u. der Staatssteuern und danach einen Gesetz-Entwurf vorzulegen, wodurch die bisherigen in den verschiedenen Spezialgesetzen enthaltenen Bestimmungen abgeändert werden.

Herr v. Boß hält nichts von solchen Enqueten und da er gern den Rheinischen Bürgermeistern helfen möchte, so schlägt er vor, die Vergütung für die Veranlagung auf 2% vom Betrage der eingegangenen Steuer zu normiren, und dann den letzten Satz des § 15 nach den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses: „höhere Vergütungen u. s. w.“ zu streichen.

Der Regierungs-Commissarius bittet um Ablehnung des Antrages Boß wie des Beschlusses des Abgeordnetenhauses und um Beibehaltung des bisher Bestehenden.

An der Discussion über die Höhe der Erhebungs- u. Kosten theilnehmen sich die Herren Selke, Becker (Halberstadt), Regierungs-Commissarius Rohde, Rasch, welcher den Satz von 2% noch nicht für ausreichend hält, für Hannover wenigstens nicht, und es als Ungerechtigkeit ansieht, den Gemeinden den Kosten für Erhebung von Staatssteuern aufzuerlegen.

Der Finanzminister theilt mit, daß im vorigen Monat die Sache zur Prüfung an die Behörden gegangen ist, und daß die Regierung beabsichtigt, in der nächsten Session eine besondere Vorlage über diese Angelegenheit zu machen. Es sei also nicht zu viel verlangt, wenn die Regierung bittet, bis dahin das Bestehende festzuhalten.

Herr Heune motivirt in Stellvertretung des abwesenden Referenten Hasselbach die Anträge der Commission.

Das Haus nimmt eventuell die Amendements des Herrn v. Boß an, streicht dann aber nach dem Antrage der Commission den ganzen § 15. — Die §§ 20 u. 24 werden ohne Widerspruch angenommen; ebenso die Einleitung zu Art. 1 unter Streichung des Allegats: § 15; die Art. 2, 3, 4.

Herr v. Kleist schlägt vor, in Art. 5 einen Satz einzufügen, wonach die Bestimmungen in Art. 1 § 6 (Contingentirung) in Fortfall kommen sollen, wenn das Ergebnis der Klassensteuer in zwei auf einander folgenden Jahren den Betrag von je 14 Millionen Thaler übersteigt.

Der Finanzminister bittet, auf diesen Vorschlag nicht einzugehen. Vorredner mache sich kein richtiges Bild von der Ausführung des Gesetzes. Außerdem lege die Regierung Werth darauf, die beiden Gegenstände: die Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer und die Modifikation der Klassen- u. Steuer, getrennt von einander, zu behandeln. — Die Contingentirung endlich sei begehrt und gewährt worden, um den zugebachten Steuererlaß der Bevölkerung wirklich zuzuwenden. Der Contingentirung werde in beiden Häusern eine Wichtigkeit beigelegt, die sie nicht verdient; der Vorschlag des Vorredners aber werde sicher das Gesetz scheitern machen. Persönlich ist der Minister überzeugt: daß die heute gezogene unterste Stufe auf die Dauer nicht werde aufrecht erhalten werden können, daß es vielmehr Aufgabe der Gesetzgebung sein werde, diese unterste Stufe mehr nach oben hin zu verlegen. — Die Discussion ist geschlossen, der Antrag des Herrn v. Kleist-Regow wird mit 67 gegen 40 Stimmen abgelehnt. — Art. 5 wird genehmigt, ebenso das ganze Gesetz, wie es aus den Beschlüssen des Herrenhauses hervorgegangen ist. Mit diesem Beschlusse ist eine Petition des Müller Ellermeyer erledigt. — Die Petition der Bürgermeister der Kreise Agrweiler und Montjoie wird der Regierung mit dem Ersuchen überwiesen, über die wirklichen Veranlagungskosten Ermittlungen anzustellen und eine Gesetz-Vorlage zu machen, in welcher die bisherigen Bestimmungen abgeändert werden.

Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht der Finanzcommission über den Gesetz-Ent-

wurf, betreffend die Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer. — Außer dem bereits erwähnten Entwurfe des Herrn v. Boß sind Anträge eingereicht von den Herren Selke, v. Kemnitz, Becker (Halberstadt.)

Referent Dr. Zellkamp zeigt, wie die Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer im Innern des Reiches an den Grenzen der Städte notwendig geworden sei, nachdem im Jahre 1870 die Gesetzgebung des Deutschen Reiches die Zölle auf Getreide und auf Schlachtvieh an den Grenzen des Reichs beseitigt hat. Diese Beseitigung sei eine Forderung im Interesse der Humanität, der Industrie und des Handels, sei eine Bedingung für das glückliche Bestehen der Concurrenz mit denjenigen Ländern, mit denen wir im Wettkampf stehen. Weise man die Beseitigung dieser Steuer von der Hand, so werde damit eine bedeutende Theuerung der notwendigsten Lebensmittel bewirkt; diese Theuerung nötige die arbeitenden Klassen zu großen Einschränkungen. Mit der Beibehaltung der Steuer werde die freie Concurrenz gestört, die zu größerer Wohlfahrt und Wohlfeilheit führt, denn Brod und Fleisch werden unbedingt billiger werden, wenn die Steuer erst allgemein aufgehoben ist. Referent verweist auf die in England aus der Aufhebung der Kornzölle im Jahre 1846 erwachsenen günstigen Resultate und motivirt den Beschluß der Commission, dem Hause die Annahme des Entwurfes in der vom Abgeordnetenhause beschlossenen Fassung anzuempfehlen.

Herr Becker (Halberstadt) ist der Ansicht, daß die Gebäudesteuer sich vorzugsweise zu einer communalen Steuer eigne, daß diese Steuer für den Staat jetzt entbehrlich, für die Gemeinden ein Bedürfnis sei, um die zahlreichen bevorstehenden Mehrausgaben ohne zu hohe Personalsteuer tragen und auch die vollständige Beseitigung der Schlachtsteuer ermöglichen zu können. Er beantragt deshalb, die Regierung, für den Fall der Annahme des Gesetzes, zur Ervägung aufzufordern, ob sie nicht für geboten hält, dem Landtage in der nächsten Session einen Entwurf vorzulegen, durch welchen die Gebäudesteuer den Gemeinden von dem Zeitpunkte ab, wo dies Gesetz über die Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer in Kraft tritt, überwiesen oder den Städten auf andere geeignete Weise der Verlust der communalen Mahl- und Schlachtsteuer erleichtert wird. — Redner zeigt, wie viele Städte sich genöthigt gesehen haben, Gymnasien, Realschulen auf eigene Kosten zu gründen, wie dadurch die Bedürfnisse sich vermehrt hätten u. s. w. Redner empfiehlt ein Amendement Kemnitz, welcher die Termine in dem Entwurfe vom 1. Januar 1874 auf den 1. Januar 1875 verlegt wissen will.

Herr v. Selke beweist mit dem von ihm eingebrachten Entwurfe, daß er kein Freund der Mahl- und Schlachtsteuer ist. Er verlangt deren allgemeine Beseitigung am 1. Januar 1877; durch Gemeindebeschluß kann diese Steuer auch schon früher durch die Klassensteuer ersetzt werden. Am 1. Januar 1877 würde sich dann die Colleinahme der Klassensteuer um 3 Millionen Thaler erhöhen. Redner hebt alle Unzuträglichkeiten, welche dieser unmoralischen Mahl- und Schlachtsteuer entspringen, hervor. Er glaubt nicht, daß Fleisch und Brod wesentlich billiger werden werden, das sei alles nur theoretisch wahr und die Finanzwirtschaft des Arbeiters werde um nichts gebessert, im Gegentheil komme die Klassensteuer als directe Steuer noch dazu. Das wäre aber nicht maßgebend; nicht außer Acht lassen dürfe man aber, daß die Städte auf diese Steuereinnahmen alle ihre Unternehmungen gestützt haben. Es sei gar nicht abzusehen, was ohne diese Steuer und ohne Ersatz z. B. aus Königsberg werden solle, und trauriger noch würde es um andere Städte stehen, wenn ihnen nicht ein Equivalent geboten würde. Andererseits werde die Schlachtsteuer noch viel verwerflicher, schlechter, ungerechter, wenn sie Communalsteuer wird. In der Beibehaltung der Schlachtsteuer als Communalsteuer läge auch eine Inconsequenz und er könne dafür unmöglich stimmen, wenn auch die Commission in dem Anschmiegen an die gegebenen Verhältnisse nichts anderes sehe, als was im practischen Leben oft vorkomme. Redner erklärt sich principaler für den Antrag v. Boß (50 bezw. 5 pSt. Gebäude- resp. Grundsteuer für die Stadt- und Landgemeinden bezw. Kreise); seinen Entwurf betrachtet er selbst nur als eventuellen. Schlichter könne keine Jungfrau an den Finanzminister herantreten als Herr v. Boß mit seinem Equivalentvorschlage, zumal der Staat dieses Geld bei der jetzigen Finanzlage leicht entbehren könne. — Er hat einen dreijährigen Zeitraum angenommen, weil bis dahin die Regierung dahin gelangt sein wird, die Lage der Städte, z. B. in Bezug auf das Schulwesen, günstiger zu regeln.

Herr Hasselbach hält den Antrag des Herrn v. Kemnitz, die Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer auf den 1. Januar 1875 zu verschieben, für geboten, weil der Termin des 1. Januar 1874 im Allgemeinen zu kurz

gemessen sein dürfte. Jede Gemeinde könne aber unter Zustimmung der Ressortminister schon am 1. Januar 1874 die Aufhebung und Umwandlung in die Klassensteuer vornehmen. Der Antrag Becker enthalte nur eine Erwägung für die Regierung und darum stimme er demselben bei.

Herr v. Boß vergleicht den Entwurf mit den dazu gestellten Anträgen; sein Antrag sei der bescheidenste, der schlimmste sei der Antrag Becker, der die ganze Gebäudesteuer will, während er sich mit der Hälfte begnügt. Redner wiederholt, daß die Communalsteuer als Schlachtsteuer ein trauriges expediens sei; aber so schlimm stehe es doch nicht, daß man die Mahl- und Schlachtsteuer nicht noch einige Jahre ertragen könnte. Entschieden ist Redner gegen eine fakultative Schlachtsteuer als Communalsteuer. Mit dieser sei das Gesetz nicht annehmbar. Alles wollten die Städte für den Staat übernehmen, auch seine staatlichen Funktionen bei der Steuererhebung, aber — dafür müsse der Staat die Städte schablos halten und das sei der Zweck seines Antrags.

Herr Gohbin hält das Zustandekommen des Gesetzes über die Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer für sehr wichtig; er ist für den Antrag Selke und für die Resolution Becker, aber gegen die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses und gegen die communale Schlachtsteuer, die eine ganz unwirtschaftliche Steuer sei. In 3 Jahren werde es der Regierung möglich sein, sich mit den Städten zu verständigen, darum sei der Antrag Selke demjenigen des Herrn v. Boß vorzuziehen, und möge Becker seinen Antrag zurückziehen.

Reg.-Commissarius Geh. Rath Burthardt zweifelt nicht, daß die Regierung das Zustandekommen dieses Gesetzes auch für sehr wichtig hält, wie sie der Ansicht ist, daß diese Steuer fallen muß. Besser sei es, und sehr erwünscht, wenn die Frage wegen Modifikation der Klassensteuer gleichzeitig mit derjenigen wegen Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer, über welche doch der Stab schon gebrochen ist, zu lösen. Die Regierung sieht die Modifikation der Klassensteuer als die notwendige Voraussetzung für das Gesetz wegen Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer an, und sie wird keinen Schritt thun, um dieses Gesetz, wenn es angenommen werden sollte, ins Leben zu rufen, sofern jenes verworfen würde. In der fakultativen Beibehaltung der Schlachtsteuer als Communalsteuer sieht die Regierung in vollster Ueberzeugung die unter den jetzigen Verhältnissen einzig mögliche Lösung der Mahl- und Schlachtsteuerfrage. Uebrigens habe wohl die Stadt bei ihren Ausgaben Beziehungen zu Grund und Gebäuden; dies sei aber in noch eminentem Sinne mit dem Staate der Fall. Wollte man den Vorschlag des Herrn v. Boß acceptiren, so würde den Städten aus den 50% ein großer Gewinn erwachsen, der Gewinn für die Landgemeinden mit 50% aus den Liegenschaften sei Null. — Ein solcher Vorschlag stehe nur auf dem Papier, könne aber nicht ernstlich discutirt werden. — Der erhobene Vorwurf der Inconsequenz im practischen Sinne wiege nicht schwer, er sei aber auch nicht begründet, und höre die Schlachtsteuer auf Staatssteuer zu sein, so würden sich Erleichterungen erheblichen Gewicht vereinbaren lassen. Versielte Berlin die Schlachtsteuer bei, so blieben der Stadt 1,100,000 Thlr. Einnahme; darin liege also nichts Anstößliches, wie behauptet worden, sondern etwas sehr Positives. Ein Hinausschieben bis zum Jahre 1877 sei nicht zu empfehlen, die Amendements seien also nicht annehmbar, auch das Verschieben bis zum 1. Januar 1875 nicht, denn was zu thun sei, müsse rasch gethan werden.

Herr v. Kleist-Regow theilt nicht die Ansicht, daß die Städte bisher stiefmütterlich behandelt worden seien, im Gegentheil sei bei den merkantilischen Tendenzen der letzten Jahre überall das Land zurückgestellt worden; darum ziehen die Leute vom Lande nach den großen Städten. Auch sei es zu verwundern, wenn die Vertreter der Städte über Lasten, welche der Selbstverwaltung entspringen, klagen, z. B. Kosten für Armenpflege, Polizeikosten, Schulen. Was die Mahl- und Schlachtsteuer an sich betrifft, so würde die Beibehaltung der Schlachtsteuer z. B. in Berlin den Verkehr nach Westen erschweren und er hätte nichts dagegen, wenn diese Steuer noch eine Weile beibehalten bliebe, dann aber ganz aufgehoben würde. Er sei bereit für den Antrag Selke zu stimmen, weil der Minister und das Haus es wollen.

Minister Camphausen verwahrt sich dagegen, daß er den Antrag Selke acceptire; er bittet im Gegentheil um dessen Ablehnung. Die Regierung sei bereit, den Städten gegenüber das Billige zu gewähren. Die Städte seien davor zu warnen, die Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer an einem Tage zu verlangen, die Regierung sei im Interesse der Städte für die communale Schlachtsteuer.

Nach thatsächlichen Berichtigungen der Herren von

Kleist-Regow, v. Bock, Selke wird die General-Discussion geschlossen.

Herr v. Bock zieht seinen Antrag nebst Gesetz-Entwurf zurück.

Das Haus tritt in die Special-Discussion ein.

§ 1, zu welchem Abänderungsanträge von den Herren v. Kemnitz, Hasselbach und Selke gestellt sind, giebt dem im Laufe der General-Discussion oft zur Aeußerung provocirten Oberbürgermeister von Berlin, Herrn Hombrecht, Gelegenheit, sich für die Beibehaltung der Schlachtsteuer als Communalsteuer und für § 1 nach den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses auszusprechen. Der § 1 des Antrags Selke wird mit 46 gegen 40 Stimmen abgelehnt; der Antrag Kemnitz (1. Jan. 1875) wird genehmigt; der Antrag Hasselbach wird auch genehmigt und dann auch der § 1 in folgender Fassung: „In allen mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Städten wird vom 1. Januar 1875 an die Mahl- und Schlachtsteuer aufgehoben und die Klassensteuer eingeführt. Nach Gemeindebeschluß kann in jeder mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Stadt auch der 1. Januar 1874 als Termin für diese Steuerumwandlung festgesetzt werden.“ (Antrag Hasselbach.)

Die §§ 2—5 werden mit der Abänderung des Termins auf 1. Januar 1875 ohne Discussion angenommen, § 5 mit einem von Hasselbach vorgeschlagenen Zusatz, dahin gehend, daß, wenn in einer Stadt die Mahl- und Schlachtsteuer früher als am 1. Januar 1875 aufgehoben wird, die Erhebung der Klassensteuer bis dahin ohne Anrechnung auf den Normalbetrag und ohne Rücksicht auf die eintretenden Erhöhungen oder Herabsetzungen erfolgen soll.

§ 6 wird genehmigt. Die Abstimmung über das ganze Gesetz und über die Resolution etc. wird auf morgen ausgesetzt. Ein um 3 1/2 Uhr gestellter Vertagungsantrag wird abgelehnt.

Das Haus geht zur Berathung des Gesetzentwurfes wegen Aufhebung der Kalender- und Zeitungsstempelsteuer. Der Berichterstatter der Finanzcommission, Herr Le Cocq, beantragt die Ablehnung des Entwurfes.

Dr. Baumstark constatirt zunächst, daß dieser Antrag in der Commission nicht einstimmig beschlossen sei, sondern mit allen gegen 2 Stimmen. Er giebt dann Zahlen über die Wirkungen des Kalenderstempels, der in Preußen am höchsten sei, die Kalender vertheure, den Absatz erschwere und dieses wichtige Element für die Belehrung des kleinen Mannes schwerer zugänglich mache. Gleiche Wirkungen wie der Kalenderstempel übe auch der Zeitungsstempel. Alle Parteien müßten gleichmäßig anerkennen, daß die periodische Presse ein höchst wichtiges Belehrungsmittel, ein Mittel, die Wachsamkeit für das öffentliche Leben stets rege zu halten. Rechner beantragt, die Steuer nicht schon am 1. Juli 1873, sondern erst am 1. Jan. 1874 aufzuheben, weil der Etat pro 1873, in welchem die betreffenden Abgaben mit 999,000 Thlr. in Anschlag gebracht sind, bereits publicirt ist.

Auch Dr. Zellkamp f protestirt gegen die Behauptung des Referenten, die Commission habe einstimmig sich für die Ablehnung des Entwurfes ausgesprochen.

Freiherr v. Mantuffel bestätigt, daß die Zeitungssteuer finanziellen Bedürfnissen entspringen, daß sie aber auch eine gute und nützliche Steuer gewesen sei. Zeitungen seien notwendig und er sei kein Feind der Presse. Zeitungen brächten aber auch Geld, so der „Südtlicher Anzeiger“ 14 3/8 Thlr. Superdividende pro Hundert und er sehe nicht ein, warum solche Unternehmungen steuerfrei bleiben sollen. Er meint, es sei ganz gut, die Steuer beizubehalten.

Dr. Becker (Dortmund) macht nochmals auf die materielle Seite der Frage aufmerksam. Eine Actiengesellschaft könne wohl Dividende zahlen; für Verleger seien große Anzeigebätter grade in Folge der Zeitungssteuer, dieses Schutzjolle für das große Capital, lohnende Unternehmungen. Das sei aber kein sittlicher Grund für die Beibehaltung der Steuer, welche es dem kleinen Capitalisten verbietet, gegen die Organe einiger Börsenmatadore in die Schranken zu treten. Man werde sich noch manchmal mit dem Gegenstande zu beschäftigen haben und wolle man sich da informieren, so möge man den Buchhändler und Buchdrucker in den kleinen Städten fragen, dann werde sich das Urtheil der Gegner des Entwurfes gewiß modificiren.

Graf Brühl will die verkommenen Subjecte aus den Winkelblättern entfernen; er ist Gegner der Zeitungssteuer, aber an dem Aufkommen der kleinen Winkelblätter sei nichts gelegen.

Herr v. Kleist-Regow ist der Ueberzeugung, daß die Zeitung ein Gegenstand des Genußes und das denkbar geeignetste Steuerobject sei, die Beibehaltung dieser Steuer sei also für das Haus seinem Zweifel unterworfen.

Herr Baumstark bemerkt thatsächlich, daß das Papier und der Seferlohn theurer geworden sei.

Die Generaldiscussion wird geschlossen. Herr v. Rabe hat den Irrthum in dem Bericht bezüglich der Einstimmigkeit begangen, wozu er sich bekennt. — Ohne weitere Specialdiscussion wird der einzige § des Entwurfes, welcher die Aufhebung der Zeitungs- und Kalenderstempelsteuer vom 1. Januar 1874 an ausspricht, verworfen, womit auch das ganze Gesetz abgelehnt ist.

Das Haus genehmigt hierauf die allgemeine Rechnung

über den Etat pro 1873 und die beim Handelsministerium vorgekommenen Etatsüberschreitungen, spricht dafür auch die Entlastung der Regierung aus, und erledigt schließlich noch zwei Petitionen durch Uebergang zur Tagesordnung. Hiermit ist die Tagesordnung erledigt. Schluß der Sitzung 4 1/2 Uhr.

Nächste Sitzung morgen, Vormittags 10 Uhr. Tages-Ordnung: Kirchliche Vorlagen.

Ideal und Welt.

Novelle von Ludwig Habicht.

(Fortsetzung.)

Fanny blickte ihre Freundin bedeutungsvoll an, als wolle sie sagen: „Soll ich mich nicht für ihn entscheiden, da selbst dein Vater für ihn stimmt?“

Gabriele schüttelte das Haupt: „Fanny braucht einmal einen tüchtigen Charakter, der ihr in jeder Lebenslage eine Stütze ist, und Caesar's Leichtsinne wäre dazu am wenigsten geeignet.“

„Daß Du Dein Vorurtheil gegen Caesar nicht los wirst!“ unterbrach sie der Kommerzienrath. „Würde ich ihm wohl ein solch' unbedingtes Vertrauen schenken, ihn zu meinem Geschäftsführer ernannt haben, wenn ich mich nicht auf seine Tüchtigkeit unbedingt verlassen könnte?“

„Es kann Jemand in seiner Geschäftsführung höchst achtungswerth und doch ein sehr unzuverlässiger Ehemann sein.“

Der Kommerzienrath juckte mit den Achseln: eine solche Ansicht wäre ihm nie gekommen; wer ihm seine Bücher in Ordnung hielt, seinen Posten gehörig ausfüllte, der hatte für ihn alle übrigen Vollkommenheiten, das war für ihn der einzige Maßstab menschlichen Wertes, und für Caesar hatte er von je eine große Schwäche an den Tag gelegt. Vielleicht war es für ihn ein heimlicher Triumph, daß der Sohn seines Schwagers, trotz aller heftigen Protestationen des Vaters, sich dem Kaufmannstande widmete und ein gewandter Geschäftsmann wurde, der den hochfliegenden, nutzlosen Idealismus seiner Vaters belächelte. Durch den Widerspruch aufgestachelt, war Caesar ein eingeseifelter Kaufmann geworden, der mit einem wahren Fanatismus sich den Geschäften widmete. Nach bestandener Lehrzeit war er in die Dienste des Kommerzienraths getreten und hatte sich durch seinen Geschäftseifer, seine rastlose Thätigkeit das vollste Vertrauen seines Oheims erworben. Caesar war es, der seinen Oheim zu immer kühnern Unternehmungen aufstachelte, ihn zum Spielen an der Börse verlockte und mit sieberhafter Hast dahin drängte, das rasch erworbene Vermögen noch rascher zu verdoppeln, zu verzehnfachen. Der Kommerzienrath hätte am liebsten gesehen, wenn Caesar und Gabriele ein Paar geworden wäre, denn in bessere Hände konnte er einst seine großartigen Unternehmungen nicht legen, als in die Hände seines Neffen; aber Gabriele fühlte merkwürdiger Weise gegen Caesar eine unerklärliche Abneigung; er verzichtete deshalb auf seinen Lieblingswunsch. Das Caesar in seinen wenigen Freistunden sich etwas zu zerstreuen, zu vergnügen suchte, fand er aber ganz in der Ordnung, er konnte darin keinen Leichtsinne entdecken; so treiben's alle jungen Männer, die vom Geschäft allzusehr in Anspruch genommen werden.

Könnte er seinem Günstling nicht die Hand seiner Tochter geben, so erfreute ihn doch der Gedanke, daß sich der kluge Mensch um die reiche Jüdin bewar. Das war ein gescheiter Einfall; mit dem Gelde des alten Wiener ließ sich schon etwas anfangen. Vielleicht konnte Caesar sogar als Theilnehmer in seine Fabrik eintreten. Den Kommerzienrath verließ in solchen Dingen doch sein nüchternen Verstand, er sah schon alle Hindernisse beseitigt und seinen Liebling am Ziel.

„Sie werden mit ihm glücklich sein.“ wandte er sich zu Fanny, ohne den Einwurf seiner Tochter weiter zu beachten; „und sollte mein Freund, Ihr Herr Papa, Schwierigkeiten machen, dann zählen Sie auf meinen kräftigen Beistand.“

In Fanny's beweglichem Herzen fanden solche Worte den schönsten Wiederhall. Ihr frischtes, blühendes Gesicht strahlte von Glück, sie glaubte nun selbst, daß der jüngere Bruder allein ihrer Liebe würdig sei, und sie erschraf, als jetzt Doctor Hellmuth und Assessor Fürstenberg angemeldet wurden. In ihrer jetzigen Stimmung war es ihr unmöglich, Marc Aurel zu sehen. Sie bat eifrig, als hinge ihr Lebensglück daran, sich heimlich zurückziehen zu dürfen, und als sich der Kommerzienrath und seine Tochter in den Salon begaben, schlüpfte sie rasch davon.

Auch Gabrielens Herz gerieth bei der Anmeldung in eine heftigere Bewegung. Daß er so bald, schon heut kam, ließ darüber keinen Zweifel, wie auch er mächtig angezogen worden; und daß er sich nicht einmal Mühe gab, sein innerstes Empfinden zu verschleiern, zeigte ihr nur die Wahrhaftigkeit seines edlen, geraden Charakters. Und so begrüßte er sie

auch mit einer Innigkeit und Herzlichkeit, als sei schon ein ewiger Bund zwischen ihnen geschlossen.

Der Kommerzienrath zeigte sich ungewöhnlich heiterer Laune, er mußte an diesem Morgen gute Nachrichten erhalten haben, denn er machte zuweilen einen Scherz, und behandelte den Assessor mit großer Zuverlässigkeit. Es war das sonst nicht seine Art; er blieb gewöhnlich bei der ersten Bekanntschaft äußerst frostig und zugeknöpft.

Die Unterhaltung konnte sich freilich heut nur um Allgemeines drehen, aber Gabrielen war es doch, als habe jedes seiner Worte für sie noch eine andere Bedeutung. Ach, ihr genügte es schon, ihn zu sehen sein männlich ernstes Antlitz vor sich zu haben, um seine sonore, klangvolle Stimme zu hören.

Marc Aurel schlug für den Nachmittag einen gemeinschaftlichen Spaziergang vor, und Gabriele sagte freudig zu, während sich der Kommerzienrath mit Geschäften entschuldigte. „Soll ich nicht Fanny dazu einladen?“ fragte sie lächelnd und blickte dabei ihren Cousin aufmerksam an.

„Gewiß,“ betheuerte dieser unbesangen.

Nur wenige Minuten gehörten ihnen, dann kamen neue Besuche, und die Freunde zogen sich bald zurück.

Gabriele ertrug heut das armelige Geschwätz der herbeiströmenden Leute mit großer Geduld; sie war ja so glücklich! Wie sehnnte sie sich, ihrem Vater das Geheimniß ihres Herzens mitzuthellen; doch die Schaar der Ballgäste, die ihre gesellschaftliche Verpflichtung so rasch wie möglich zu erfüllen suchten, wollte kein Ende nehmen, und der Kommerzienrath mochte Niemand abweisen. Er hielt gern auf die strenge Beobachtung dieser Förmlichkeiten.

Endlich waren die Lästigen alle fort, und schon wollte Gabriele dem Vater ihr Herz eröffnen, da erschien ein neuer Gast — Banquier Wiener. Unter vielen Büchlingen begann der kleine Mann sogleich mit geläufiger Zunge: „Verzeihen Sie, daß ich in den Salon komme, aber ich konnte Sie nicht im Comtoir finden, und Ihre Leute sagten mir, Sie würden bei Ihrem Fräulein Tochter sein. Verzeihen Sie, gnädiges Fräulein, ich will nicht zudringlich sein;“ wandte er sich mit noch tieferer Verbeugung zu Gabriele; „aber die Angst ist groß, die Krisis ist groß, und sie richtet uns noch Alle zu Grunde. Meine Tochter, die Fanny läßt das gnädige Fräulein grüßen, und sie hat sich gestern köstlich amüsiert, ich soll es nicht vergessen über dem Geschäft.“

Gabriele war schon an das wunderliche Auftreten des Banquiers gewöhnt und küßte sich davon nicht mehr verletzt, sie sagte deshalb im freundlichsten Ton: „Fanny war bereits hier und hat mir schon einen guten Morgen geboten.“

„Ja, guten Morgen bei der Krisis! rief der Banquier verzweifelt und fuhr sich dabei in sein dickes schwarzes Haar.“

„Lieber Wiener, was haben Sie denn heut, Sie sind ja ganz erschauert?“ fragte der Kommerzienrath äußerst ruhig.

„Sagen Sie lieber ruiniert, wenn das so fortgeht,“ schrie der Banquier und ließ sich erschöpft auf einen Sessel nieder. „Ach, verzeihen Sie, gnädiges Fräulein, daß ich so erschauert, wie der Herr Papa sagen; aber bei Gott, 's ist eine schwere Zeit! Solche Firmen solch' anständige Firmen und solide Häuser — fort als wären sie nur von Pappe. Die ganze Welt ist nur von Pappe und aus Betrug gemacht! Die kleine Mann stieß einen so schweren Seufzer aus, als wäre er selbst der Auflösung nahe.“

„Sie haben wohl wieder eine Nothpost erhalten?“ fragte der Kommerzienrath gleichmüthig, und sein kalten, grauen Augen streiften das erhitzte Antlitz des Banquiers.

(Fortsetzung folgt.)

Bermischtes.

Ueber das höchste Pflanzen-Alter liegen von M. Landon folgende Angaben vor: Die ältesten Palme sind 200—300 Jahre, Cereis 300 Jahre, Ulmen 355 J. Cypressen 388 J., Ephen 448 J., Ahorn 516 J., Lärche bäume 576 J., Kastanien 626 J., Zitronenbäume 646 J., Platanen 720 J., Cedern 800 J., Nußbäume 900 J., Eiben 1076 J., Tannen 1200 J., Eichen 1400 J. Oelbäume 2000 J., Taurus 2880 J., die Mammutsch bäume in Californien nach Mielde 5000 J., (bei 37 Fu Durchmesser und 450 Fuß Höhe), eine Adonsonie und ein Drachenbaum je 6000 J. Der Nestor der Drachenbäume der auf der Insel Teneriffa auf der Billa de la Drolou stand und den Humboldt, als er ihn 1799 maß, 74 Fu am Grunde seines Stammes fand, ist am 2. Januar 1866 dem Sturm erlegen, denn er so lange widerstanden.